

Spielberger

POSTWURFSENDUNG
im Sinne des Parteiengesetzes
18A041515E



Nachrichten

Nummer 40, Mai, 2019

Gemeindezeitung der KPÖ

KPÖ

Informationsblatt der steirischen KPÖ. Österreichische Post/AGPostengelt bar bezahlt RM 18A041515E Aufgabe: 8720

Gesundheitstelefon statt Arzt? KPÖ: Nein zur Verschlechterung der Ärztenotdienste!

Die neue Gesundheitsnummer „1450“, die als „Die schnelle Hilfe am Telefon“ angepriesen wird, entpuppt sich als gravierende Verschlechterung der ärztlichen Versorgung. Leserbriefe empörter PatientInnen, Kritik von ÄrztInnen und Apotheken bestätigen die Bedenken, die die KPÖ schon vor Beginn der Änderungen geäußert hat.

Was hat sich geändert?

Mit 1. April wurde in der Steiermark ein neues Bereitschaftsmodell für den Nacht- und Wochenenddienst eingeführt. Die Verpflichtung für niedergelassene ÄrztInnen zur Leistung von Nacht- und Wochenenddiensten ist damit weggefallen. Bereitschaftsdienste werden nun von AllgemeinmedizinerInnen durchgeführt, die sich freiwillig melden können. Die Honorare wurden angehoben.

Kein direkter Kontakt zum Arzt,

kein Dienst zwischen Mitternacht und 7:00 Uhr

Anrufe gehen nun nicht mehr direkt zum Arzt, sondern werden in einer Telefonzentrale, dem neuen Gesundheitstelefon, vorgefiltert. Dort wird entschieden, ob es zu einer Visite kommt oder nicht. Samstag, Sonn- und Feiertags versehen in der Zeit von 7:00 bis 18:00 Uhr zwei ÄrztInnen Dienst. Zwischen 18:00 und 24:00 Uhr ist die Dienststelle nur einfach besetzt. In unserer Region gibt es zwischen Mitternacht und 07:00 Uhr überhaupt keinen Ärztebereitschaftsdienst mehr. Es bleiben nur mehr die Rettung und die Spitalsambulanzen.

Riesige Sprengel

Statt der bisher 92 Sprengel gibt es jetzt nur mehr 24 Regionen. Spielberg gehört zur „Region 05“, diese umfasst ein riesiges Gebiet - von Obdach bis Hohentauern im Norden.

Die Größe der neuen Bereitschaftsregionen ist leider kein Aprilscherz. Zwischen Spielberg und Hohentauern sind es mehr als 50 km. Ein einziger Arzt wird sich vor allem bei schlechten Fahrverhältnissen schwer tun dieses Gebiet abzudecken. Dass es zwischen Mitternacht und 7:00 Uhr keinen Bereitschaftsdienst mehr gibt ist eine zusätzliche Verschlechterung.

Kann ein Telefon einen Arzt ersetzen?

Ein wichtiger Teil einer Diagnose ist auch der Blick auf den Patienten, auf Körperhaltung, Gesichtsfärbung usw. Dieser wichtige Bestandteil einer Beurteilung fällt mit dem Gesundheitstelefon nun weg.

Nach mehreren Wochen und ersten Erfahrungen hagelt es Kritik am neuen System. Lange Wartezeiten und ungenügende Auskünfte am Gesundheitstelefon, kein direkter Kontakt mehr zu den ÄrztInnen, zu we-



Für die riesige Region 5, zu der Spielberg gehört, gibt es zwischen 18.00 und 24.00 Uhr nur einen Bereitschaftsarzt.

nige ÄrztInnen, die sich für das neue System gemeldet haben. Beinahe täglich erfährt man aus den Medien von Beschwerden aus der Bevölkerung.

Apotheken beklagen, dass nun am Wochenende bei auftretenden Fragen keine Rücksprache mit BereitschaftsärztInnen mehr möglich ist. Immer mehr ÄrztInnen üben Kritik am neuen System und berichten, dass ihre Bedenken von Seiten des Landes ignoriert werden.

Auf Anfrage der KPÖ berichtete der Zeltweger Bürgermeister, dass die Zeltweger ÄrztInnen vorläufig nicht am neuen Bereitschaftsmodell teilnehmen werden. Bürgermeister Manfred Länger konnte die diesbezügliche Frage von KPÖ-GR Erich Wilding für Spielberg nicht beantworten.

Die KPÖ hat schon vor Einführung des neuen Systems eine Verschlechterung der Gesundheitsversorgung der Bevölkerung und eine verstärkte Belastung der Rettungsdienste und der Ambulanzen befürchtet. Nachdem sich unsere Befürchtungen bestätigt haben, hat die KPÖ den zuständigen ÖVP-Landesrat

Fortsetzung ➔

Fortsetzung ↻

Christopher Drexler im Landtag mit den Beschwerden konfrontiert. Landesrat Drexler gestand Probleme ein und kündigte Verbesserungen an. Von den Grundsätzen seiner Gesundheitspolitik (neues Bereitschaftsmodell, Spitalsschließungen, Bettenreduzierungen...) will er aber nicht abweichen.

Vom neuen Bereitschaftsmodell sind rund 900.000 SteirerInnen betroffen, es bringt eine Ausdünnung der ärztlichen Versorgung. Das neue System wurde im stillen Kämmerlein ausgeheckt, ohne Einbindung der Bevölkerung, der Gemeinden und ÄrztInnen. So darf mit unserer medizinischen Versorgung nicht umgegangen werden!

Es geht um die Gesundheit und um Menschenleben. Ein erster Erfolg der Kritik ist, dass künftig die Öffnung einzelner Arztpraxen am Wochenende bezahlt werden soll. Das löst aber nur einen kleinen Teil der Probleme. Die Reform muss von Grund auf neu gestartet werden. Die Bevölkerung, ÄrztInnen und die Gemeinden sind mit einzubeziehen, sonst entsteht wieder ein Modell, dass von den Wünschen und Bedürfnissen der Menschen weit entfernt ist.

INFORMATION BEREITSCHAFTSDIENST

Liebe Patientin, lieber Patient!

Ab 1. April 2019 gibt es ein neues Dienstschema in unserem Bezirk und in der gesamten Steiermark. Leider werden die Ordinationen am Wochenende nicht mehr geöffnet, sondern es gibt nur mehr einen Visitendienst. Dieser wird zentral vom Roten Kreuz Steiermark von Graz aus geleitet. Ab 24 Uhr gibt es nur mehr einen Telefonarzt und die Rettung.

Wir wurden zu diesem Dienstschema nicht gefragt. Die Politik wollte diese Umstellung haben. Die Dienstsprengel sind viel größer und damit die Fahrzeiten für uns Ärzte viel länger.

Unter der Telefonnummer **141** kommen Sie direkt an die Rettungsleitstelle.

Auch unter der Nummer **1450** (Gesundheitsnummer) können Sie Auskunft erhalten.

Ihre niedergelassenen Ärzte des Bezirks Murtal

Offensichtlich sehen auch VertreterInnen aus der Ärzteschaft das neue Bereitschaftssystem kritisch. Dieser Aushang ist in Ordinationen zu lesen.

Ärztmangel im Murtal **Nur ein Frauenarzt mit Kassenvertrag**

Der Mangel an ÄrztInnen trifft auch das Murtal stark. Für mehr als 35.000 Frauen steht nur ein Frauenarzt mit Kassenvertrag zur Verfügung. Der ist natürlich überlastet und nimmt keine Patientinnen mehr. Es gibt auch zu wenig KinderärztInnen. Im Bereich der AllgemeinmedizinerInnen steht eine große Pensionierungswelle bevor.

Der bestehende Ärztemangel wird sich also noch verschärfen. Die Menschen bezahlen die Zeche für die Versäumnisse der letzten Jahre. Den Frauen in unserer Region bleibt schon jetzt keine Möglichkeit als zum Wahlarzt zu gehen. WahlärztInnen können über die Höhe ihres Honorars selbst entscheiden, die Krankenkasse übernimmt nur eine Teil der Kosten. Für Menschen mit geringem Einkommen oder chronisch Kranke ist das ein großes finanzielles Problem.

Auch die Wartezeiten auf Facharzttermine sind oft unzumutbar lang und gefährden die Gesundheit der Menschen. Die aktuellen Maßnahmen der GKK, nämlich die Niederlassung von Kassen-FachärztInnen mit Geldzuschüssen zu fördern sind zu begrüßen. Das wird aber nicht ausreichen.

Damit das Recht aller Menschen auf medizinische Versorgung unabhängig vom ihrem Einkommen umsetzbar ist, muss der Ärztemangel langfristig gelöst und der Trend zu Wahlarztpraxen gestoppt werden. Es braucht daher eine Ausbildungs-offensive.

Es muss eine an den Bedürfnissen angepasste An-

zahl von MedizinerInnen ausgebildet werden. Dazu fordern wir die deutliche Lockerung der Zulassungsbeschränkungen zum Studium der Medizin und eine deutliche Anhebung der Studienplätze. Ein Problem ist, dass viele fertige ÄrztInnen nach dem Studium ins Ausland gehen. Daher sollten Studierende über ein Stipendium verpflichtet werden einige Jahre in der Steiermark als ÄrztInnen tätig zu sein.

Die Entlohnungsschemata im niedergelassenen und stationären Bereich dürfen sich nicht wesentlich unterscheiden. Die Verdienstmöglichkeiten in den unterschiedlichen medizinischen Disziplinen müssen angeglichen werden um eine gleichmäßige Versorgung zu sichern. In Mangelbereichen sind diese Maßnahmen verstärkt anzuwenden. Um WahlärztInnen Anreize zu bieten, Kassenstellen anzunehmen, sollte auch über eine Erhöhung der Vergütung nachgedacht werden.

Die „Zwei-Klassen-Medizin“ ist bereits Realität. Menschen die sich einen Wahlarzt bzw. eine Zusatzversicherung leisten können sind bevorzugt. Das ist ein Unrecht. Die bestmögliche medizinische Versorgung muss allen Menschen offen stehen, egal wie hoch ihr Einkommen ist.

..... **Impressum:**

Medieninhaber, Herausgeber, Verleger:
KPÖ-Knittelfeld-Spielberg, Friedensstraße 10, 8720 Knittelfeld. F.d. Inhalt verantwortlich: Erich Wilding. Druck: Gutenberghaus, Knittelfeld.



gedruckt nach der Richtlinie „Druckerzeugnisse“
des Österreichischen Umweltzeichens,
UW-Nr.944, 8720 Knittelfeld

Aus dem Gemeinderat

Trinkbrunnen



KPÖ-Gemeinderätin Petra Lorberau hat einen Trinkbrunnen für den Kinderspielplatz bei der Hauptschule angeregt. Der Bauausschuss wird die Möglichkeiten dafür prüfen.

ZAT-Projekt

Die Gemeinden Spielberg, Zeltweg, Judenburg, Pöls-Oberkurzheim und Fohnsdorf beginnen ein fünf Jahre dauerndes Projekt mit dem Zentrum für angewandte Technik (ZAT). Ziel ist es innovative Gründungsunternehmen in den Gemeinden anzusiedeln. Pro Jahr stellt die Gemeinde bis zu 20.000 Euro für Förderungen zur Verfügung.

10 Jahre Stadtgemeinde

Im Budget 2019 sind 30.000 Euro für die Feierlichkeiten zur 10-jährigen Stadterhebung vorgesehen. Wie haben die Höhe dieses Betrags kritisiert. Wir hätten uns anlässlich des Jubiläums eine nachhaltige Investition gewünscht und haben die Errichtung von Buswartehäuschen vorgeschlagen. Jetzt ist eine ganze Veranstaltungsreihe von Juni bis Oktober geplant. Dieser Kulturinitiative wollten wir uns nicht verschließen und haben zugestimmt.

Kollektivierung

Wir KommunistInnen wollen eine Gesellschaft, in der alle Menschen die Chance auf ein gutes Leben haben und in der sich niemand politische Macht kaufen kann. Dazu wird es notwendig sein, dass die Banken und Konzerne allen Menschen gemeinsam gehören.

Die Vorsitzenden der sozialdemokratischen Jugendorganisationen in Österreich und Deutschland haben die gleiche Haltung vertreten und damit eine Welle von Panik bei den Mächtigen, aber auch in ihren eigenen Parteien ausgelöst.

Wenn sich die Eliten in Politik und Wirtschaft, also so sehr vor einer Kollektivierung fürchten sehen wir, dass das der richtige Weg zu einer gerechten Gesellschaft wäre.

Liebe Spielbergerinnen und Spielberger!

Rüstung - in der Statistik - und live bei der Airpower

Nach dem Zusammenbruch der Sozialistischen Länder wurde den Menschen Frieden und Wohlstand versprochen. Der Warschauer Pakt, das Militärbündnis der Sozialistischen Länder, wurde aufgelöst. Die NATO hingegen feierte vor Kurzem ihr 70-jähriges Bestehen.

Die Hoffnung auf eine friedliche Welt währte nur kurz. Die Ausgaben für Militär und Rüstung boomen wieder. Das Stockholmer Friedensforschungsinstitut hat nun bekannt gegeben, dass 2018 die Militärausgaben auf 1,8 Billionen(!) Dollar gestiegen sind. Den Löwenanteil davon (649 Milliarden Dollar), geben die USA aus. Damit stecken die USA fast genauso viel Geld in die Rüstung wie die nachfolgenden acht Länder zusammen. An zweiter Stelle liegt China mit 250 Milliarden. Vergleicht man die Rüstungsausgaben pro Einwohner, so liegt China auf den hinteren Rängen.

PolitikerInnen und Medien schüren neue Feindbilder. Viel wird von der Gefahr gesprochen, die von Russland ausgehe. Tatsache ist, dass in Russland die Militärausgaben seit zwei Jahren gesunken sind. Frankreich hat bereits höhere Militärausgaben als Russland.

Leider ist Österreich in Sachen Aufrüstung keine Insel der Seligen. Österreich ist dem EU-Militärbündnis PESCO (deutsch: Ständige Strukturierte Zusammenarbeit, SSZ) beigetreten. Dadurch entsteht für Österreich die Verpflichtung seine Militärausgaben zu erhöhen. Dementsprechend hat FPÖ-Verteidigungsminister Mario Kunasek bereits eine Anhebung des Militärbudget um drei Milliarden Euro gefordert.

Die Milliarden die in die Rüstung fließen fehlen im Gesundheitswesen, bei der Bildung, bei der Pflege oder in anderen Sozialbereichen. Das werden wir zu spüren bekommen.

Das eine sind die Zahlen der Rüstungsausgaben in der Statistik. Bei der Airpower hat man dann Gelegenheit Rüstung hautnah zu betrachten. Ein Teil des Programms der Airpower wird von Kampfflugzeugen bestritten. Maschinen, für deren Entwicklung Unsummen ausgegeben wurden, die konstruiert und gebaut wurden um zu zerstören und Menschen zu töten. Zuerst der Kriegseinsatz, dann die Volksbelustigung.

Dass die Airpower letztlich eine Waffenschau ist, ist nur einer der vielen Gründe um diese Veranstaltung abzulehnen meint...

KPÖ-Gemeinderat Erich Wilding
E-Mail: erich.wilding@hotmail.com



Kein Steuergeld für die Airpower!

Antrag der KPÖ von SPÖ, FPÖ und ÖVP abgelehnt

Im September findet die Airpower wieder statt. Diese Veranstaltung verursacht hohe Kosten und Emissionen durch Flugzeuge und erhöhtes Verkehrsaufkommen. Wie beim letzten Mal ist damit zu rechnen, dass Kampfflugzeuge aus kriegsführenden Ländern teilnehmen werden.

Die KPÖ hat im Gemeinderat den nebenstehenden Antrag gestellt. Er wurde von SPÖ, ÖVP und FPÖ abgelehnt, nur FPÖ-Gemeinderat Martin Mostögl stimmte mit uns.

Es gibt viele Gründe die Airpower abzulehnen **Tage** davor und danach wird das Aichfeld zur Lärmhölle. Kranke oder gebrechliche Menschen haben keine Möglichkeit davor zu fliehen. Dazu kommt, dass eine Flugschau auch immer eine Gefährdung der Bevölkerung bedeutet.

Das vergangene Jahr war das Wärmste seit Beginn der Aufzeichnungen. Turbulente Wetterphänomene häufen sich. Seit dem Jahr 2000 lag die Durchschnittstemperatur in jedem Jahr über dem Jahrhundertmittelwert. In einer Situation, in der es immer notwendiger wird mit nachhaltiger Politik gegenzusteuern, ist die Airpower ein fatales Signal.

Wie kann von den BürgerInnen ein Bewusstsein in Sachen Klimaschutz erwartet werden, wenn die öf-

Antrag der KPÖ

Die Airpower ist aus spar-, lärm-, umwelt-, energie- und friedenspolitischen Aspekten keine Veranstaltung, die aus öffentlichen Mitteln unterstützt werden sollte. Daher werden Bund und Land Steiermark aufgefordert keine Steuermittel für diese Veranstaltung auszugeben.

Weiters fordert der Gemeinderat, die dadurch eingesparten Mittel den Aichfeldgemeinden für Umweltprojekte und gewaltfreie friedenserzieherische Maßnahmen an den Schulen zur Verfügung zu stellen.

fentliche Hand ein energieintensives, umweltschädigendes Spektakel fördert?

Das Land Steiermark finanziert ein Drittel der Airpower mit Steuergeldern in der Höhe von 1,3 Mio. Euro. Die Art und Weise der Förderung der Airpower 2013 wurde vom Rechnungshof heftig kritisiert. Gleichzeitig fehlen den Gemeinden oft die nötigen Mittel um sinnvolle Investition in Sachen Umweltschutz zu tätigen. Eine Verlagerung der Mittel für die Airpower zu den Aichfeldgemeinden wäre auch im Sinne der Nachhaltigkeit von Investitionen sinnvoll.

Wirtschaftsinteressen wichtiger als Klimaschutz?

In Sonntagsreden wird von der Wichtigkeit des Klimaschutzes gesprochen. Jugendliche die unter dem Motto „Fridays for Future - Freitage für die Zukunft“ auf die Straße gehen, erhalten Lob aus allen Richtungen. Wenn es aber darum geht wirklich ein Zeichen für die Umwelt zu setzen, wird zuerst nach den Interessen der Wirtschaft gefragt.

Egal wie umweltschädigend oder fragwürdig Veranstaltungen oder einzelne Maßnahmen sind, wenn die Interessen der Wirtschaft betroffen sind wird im Sinne der Profitsicherung entschieden.

Dieses oberste Prinzip der Gewinnmaximierung und Profitsicherung führt zu Ausbeutung, Armut und

sozialer Ungerechtigkeit. In der Frage des Klimawandels geht es um das Überleben der Menschheit. Es stellt sich die Frage, ob in unserem profitgetriebenen kapitalistischen Wirtschaftssystem wirk-samer Klimaschutz überhaupt eine Chance hat.



In Richtung der Jugendlichen, die dafür kämpfen, dass unser Planet eine Zukunft hat, wäre ein Beschluss des Spielberger Gemeinderates gegen die Airpower eine Möglichkeit gewesen zu zeigen: Wir stehen auf eurer Seite und nehmen eure Anliegen ernst.

Daten zur Klimakatastrophe

In der Wissenschaft herrscht große Einigkeit, dass die weltweite Durchschnittstemperatur nicht um mehr als zwei Grad steigen darf, damit die Folgen des Klimawandels noch einigermaßen beherrschbar sind, besser wären 1,5 Grad.

Damit dieses Ziel erreicht werden kann, muss der Ausstoß von CO₂ **drastisch** reduziert werden. Bleibt es beim derzeitigen Ausstoß, wird sich das Weltklima in 24 Jahren um zwei Grad und in nur neun Jahren um 1,5 Grad erwärmen.

Buchhandlung in Knittelfeld

Steinberger Hof

Kirchengasse 6

Telefon 03512 71 374

www.steinbergerhof.at

Rechnungsabschluss: Die Gemeinden sind unterfinanziert

Einnahmen und Ausgaben, gerundet

Ordentlicher Haushalt

Einnahmen	12,1 Mio. €
Ausgaben	11,8 Mio. €

Außerordentlicher Haushalt

Einnahmen	3,9 Mio. €
Ausgaben	3,7 Mio. €

Die KPÖ hat das Budget für 2018 abgelehnt und daher auch gegen den Rechnungsabschluss gestimmt. KPÖ-Gemeinderat Erich Wilding begründete das damit, dass den Gemeinden für immer mehr Aufgaben zu wenig Geld von Bund und Land zur Verfügung gestellt wird.

Er forderte eine Initiative zur Durchsetzung einer ausreichenden Finanzierung der Gemeinden. So könnte zum Beispiel die Landesumlage abgeschafft werden. Die Landesumlage ist eine Abgabe, die die Gemeinden je nach ihrer Finanzkraft automatisch an das Land abliefern müssen.

Eine weitere Ungerechtigkeit ist, dass die steirischen Gemeinden im Vergleich zu den Gemeinden der westlichen Bundesländer pro Kopf weniger Steuergeld erhalten. Das ist eine klare Benachteiligung.

Ende 2018 hat unsere Gemeinde einen Schuldenstand von rund 11,8 Millionen Euro. Das sind rund 98 Prozent der Summe der Einnahmen des ordentlichen Haushalts. Zum Vergleich: Der Schuldenstand der Gemeinde Zeltweg beträgt 47 Prozent, der Schuldenstand von Knittelfeld rund 31 Prozent dieser Einnahmen.

Alle größeren Projekte können in Spielberg nur durch Darlehensaufnahmen finanziert werden. In der nächsten Zeit steht der Umbau der Schulen auf dem Programm. Es wird mit Kosten von rund sieben Millionen Euro gerechnet. Das wird nur durch weitere Kreditauf-

nahmen zu finanzieren sein. Damit die Schulden sinken und die Banken nicht noch mehr verdienen ist eine ausreichende Finanzierung der Gemeinden durch Bund und Land so wichtig.

Die KPÖ lehnt nicht die in der Gemeinde notwendigen Projekte und Investitionen ab, sondern kritisiert die unzureichende Finanzierung der Gemeinden. Geld wäre genug vorhanden, es wird nur nicht von denen genommen die es haben und es fließt nicht dahin, wo es gebraucht wird.

SPÖ- Umfrage

Da fehlt doch was!

Die SPÖ hat an alle Spielberg Haushalte einen Fragebogen geschickt. Die Zufriedenheit zu den verschiedensten Themen, z.B. Gesundheit, Kultur oder Verkehr, wird abgefragt.

Oft ist es aufschlussreicher festzustellen was bei einer Umfrage fehlt, als die Antworten auf die gestellten Fragen selbst. In der ganzen Befragung spielt das Thema Lärm überhaupt keine Rolle. Obwohl Lärm in unserer Gemeinde eine starke Belastung ist, wird nicht abgefragt wie die Bevölkerung zur Lärmbelastung steht.

Unsere Internetadresse:

www.kpoe-steiermark.at

KPÖ-Murtal ist auch auf Facebook

Unser neuer Mitarbeiter im KPÖ-Büro



Josef Meszlenyi

Mein Name ist Josef Meszlenyi und bin 27 Jahre alt und komme aus Halbturn im Nordburgenland. Ich bin bereits seit jungen Jahren politisch interessiert und begann als Schüler bei der Sozialistischen Jugend und der Aktion kritischer SchülerInnen aktiv zu werden.

Ich habe die Handelsakademie besucht und war dort Schülervertreter. Nun stehe ich kurz vor Abschluss meines Geschichtstudiums. Um mein Studium zu finanzieren habe ich zwischenzeitlich verschiedenste Tätigkeiten ausgeübt. Am längsten davon beim Österreichischen Bundesheer. Für eine Periode war ich Gemeinderat in meiner ehemaligen Heimatgemeinde. Es war mir immer wichtig mich für die Menschen in meinem Umfeld einzusetzen und ihnen bei ihren Problemen zu helfen.

Meine eigene politische Entwicklung und die Politik der SPÖ in Bund und Land haben mich immer weiter von ihr entfernt. Mit der KPÖ habe ich dann eine Partei gefunden die immer konsequent auf der Seite der Menschen steht.

Ich bin aus dem Burgenland hierher gezogen und arbeite seit einem halben Jahr für die KPÖ. In Knittelfeld habe ich mich sofort heimisch gefühlt. Ich bin sehr froh, dass ich durch die Arbeit in der KPÖ die Gelegenheit habe Menschen zu helfen und mich für Frieden und eine gerechte Gesellschaft einzusetzen.

Minex: Noch viele Fragen offen

In der Gemeinderatssitzung am 28. März stand ein Dringlichkeitsantrag bezüglich des in Zeltweg geplanten MINEX-Verhüttungswerkes zur Debatte. Die FPÖ hat gefordert, die Gemeinde solle ihre Parteienstellung nutzen um Einspruch gegen das Werk zu erheben. Die Gemeinde hat aber in dieser Projektphase schon lange keine Parteienstellung mehr.

Wir haben uns daher der Stimme enthalten und gefordert, den Antrag dem Umweltausschuss zuzuweisen. Rund um MINEX sind auch für uns noch viele Fragen offen. Der Ausschuss sollte sich daher eingehend mit einem möglichen Gesundheitsrisiko für die Spielberger Bevölkerung befassen und weitere Vorgangsweisen diskutieren. Leider wurde unser Vorschlag nicht aufgegriffen.

Wie viele Menschen hat sich auch die KPÖ, angesichts der Warnungen vor Asbestbelastung Gedanken gemacht. Für Laien ist die Thematik schwer zu durchschauen. Wir haben daher mit dem Trofaiacher KPÖ-Gemeinderat und Verfahrenstechniker an der Universität Leoben, Ao.Prof DI Dr. Christian Weiß, der an der Umweltverträglichkeitsprüfung beteiligt war, ein Interview geführt:



MINEX ist in aller Munde. Was genau hat es damit auf sich und wo liegen die Probleme?

Die Firma MINEX möchte in Zeltweg ein Werk errichten. Es sollen aus gewissen Gesteinsverbindungen spezielle Mineralien und Metallkonzentrationen gewonnen werden um diese kommerziell zu verwerten. Derzeit ist vorgesehen dieses

Gestein aus dem Steinbruch in Preg zu beziehen. Da bekannt ist, dass dort asbestartige Minerale (unter anderem Antigorit) im Gestein vorkommen, gibt es Befürchtungen - etwa von Seiten der Bürgerinitiative „Für ein lebenswertes Aichfeld“ - dass es in Zeltweg zu einem Ausstoß von Asbestfasern kommen könnte.

Sind diese Befürchtungen berechtigt?

Tatsächlich kann es beim Verladen des Materials und im Zuge des Zermahlens des Gesteines bei der Aufarbeitung zu einer nicht unbeträchtlichen Staubbildung kommen. Dieser Staub kann unter Umständen – hier sind sich die Geologen uneins – auch Antigoritfasern enthalten, welche ähnliche Eigenschaften wie Asbest aufweisen. Sicherheitshalber wurden der Firma MINEX daher im Zuge der Umweltverträglichkeitsprüfung Grenzwerte für die maximale Ausstoßmenge an Fasern vorgeschrieben. Auch muss beispielsweise bei der Verladung in geschlossenen Kreisläufen gearbeitet werden.

Heißt das, dass alles unter Kontrolle ist?

Jein. Einerseits wurde mittlerweile bekannt, dass MINEX aktualisierte und erhöhte Zahlen die Abluftmenge betreffend vorgelegt hat. Darum stellt sich die Frage, ob die Schadstoff-Ausbreitungsberechnung, welche im Rahmen der Umweltverträglichkeitsprüfung durchgeführt wurde, nicht ebenfalls aktualisiert werden müsste. Außerdem bräuchte es zusätzlich zu den bisherigen Aussagen über die chemische Zusam-

ensetzung auch eine mineralogische Definition des verwendeten Materials.

Was könnte man noch unternehmen um die Sicherheit für die Bevölkerung zu erhöhen?

Vernünftig wäre eine laufende Überwachung der Abluft aus der mechanischen Zerkleinerung im Produktionsprozess um rasch auf Änderungen reagieren zu können. Ferner müssen Maßnahmen, die die Arbeitssicherheit für die Beschäftigten garantieren, in ausreichendem Maße gesetzt werden.

Danke für das Gespräch.

Wir sind der Meinung, dass die Firma Minex auf Grund der Unsicherheit und Besorgnis der Bevölkerung die Pflicht hätte die Menschen umfassend aufzuklären und zur Frage einer Gefährdung Stellung zu nehmen. Dass das bisher nicht geschehen ist, ist uns unverständlich.

Einige Begriffserklärungen:

Asbest: Sammelbezeichnung für verschiedene faserförmige Minerale. Das bekannteste, Chrysotyl, wurde, wegen Festigkeit und Hitzebeständigkeit, unter anderem als Bau- und Dämmstoff verwendet. Die Fasern sind stark krebserregend, die Verwendung seit 1990 verboten

Antigorit: Silikatmineral, nicht als Asbest klassifiziert, kann aber asbestähnliche Eigenschaften annehmen. Kommt im Abbaugbiet vor.

**Einladung zum
KPÖ-Stammtisch**
Reden, diskutieren, sich informieren

Jeden 1. und 3. Mittwoch
im Monat

KPÖ-Parteiheim,
Friedensstraße 10, Knittelfeld
neu: ab 18.00 Uhr

8. März - Internationaler Frauentag

Unter dem Motto „Für Frieden und Gleichberechtigung“ verteilte die KPÖ wie jedes Jahr Nelken zum Internationalen Frauentag.

Damit wollen wir an die Durchsetzung der Frauenrechte erinnern. Denn von völliger Gleichberechtigung sind wir leider weit entfernt. Eine der größten Ungerechtigkeiten ist die ungleiche Bezahlung von Männern und Frauen. In Österreich ist der Unterschied besonders groß. Es gibt großes Interesse daran, dass das auch so bleibt. Denn die schlechtere Bezahlung der Frauen ist der Zusatzgewinn der Unternehmen.



KPÖ-Sozialfonds 2018



KPÖ-Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler, KPÖ-Stadträtin Renate Pacher und DSA Karin Gruber

Seitdem KPÖ-MandatarInnen in Funktionen gewählt wurden, die mit einem hohen Politikerbezug verbunden sind, liefern sie einen beträchtlichen Teil dieses Geldes in den KPÖ-Sozialfonds ab. Mit den eingezahlten Geldern werden bedürftige Menschen unterstützt. Jedes Jahr legen wir die Verwendung dieser Gelder in einer Pressekonferenz offen.

Seit die KPÖ im Landtag ist, gibt es auch in der Obersteiermark den KPÖ-Sozialfonds. Wir führen Sozialsprechstunden durch, in denen wir von unserer Sozialarbeiterin Karin Gruber unterstützt werden.

Für KPÖ-MandatarInnen gibt es eine Einkommensgrenze von 2.300 Euro. Claudia Klimt-Weithaler, betont die Bedeutung der Einkommensobergrenze für die politische Arbeit: „Als KPÖ-Klubobfrau im Landtag würde ich ca. 6.000 Euro netto im Monat bekommen. Mit so einem hohen Einkommen verliert man das Verständnis für die Sorgen und Probleme der Menschen. Um die Mehrheit der Menschen glaubwürdig und konsequent vertreten zu können, gibt es diese Obergrenze.“

Die KPÖ hat nur zwei Landtagsabgeordnete. Ihre Einzahlungen in den Sozialfonds kommen Menschen in der ganzen Steiermark zu Gute. Deshalb können wir einzelnen Personen nur kleine Beträge geben. Viele Menschen müssen mit ganz kleinen Einkommen

KPÖ-Sozialfonds 2018

Bezirk Murtal

Zinsen und Rest von 2016	34,36 Euro
Einzahlungen 2018	
LABg. Werner Murgg	4.680,00 Euro
Summe	4.714,00 Euro

Ausgaben:

Für 128 Unterstützungsfälle:	4.625,00 Euro
<i>Saldo: als Plus für 2019</i>	<i>89,36 Euro</i>

KPÖ Sozialfonds Obersteiermark West

Seit Oktober 2005 gab es 2.037 Unterstützungsfälle, die mit einer Gesamtsumme von 116.742,87 Euro unterstützt wurden.

KPÖ-Sozialfonds steiermarkweit:

Gesamtausgaben für Sozialunterstützungen 2018: 175.555,95 Euro für 1.637 Personen.
Seit 1998 wurden 16.386 Personen mit einer Gesamtsumme von 2.126.558,33 Euro unterstützt.

Für KPÖ-PolitikerInnen gilt eine Einkommensgrenze von 2.300 Euro im Monat

auskommen, da sind zwanzig oder dreißig Euro bereits eine Hilfe.

Karin Gruber „Nach der Senkung der Wohnunterstützung kommt mit der Verschlechterung der Mindestsicherung der nächste Schlag. Für den täglichen Lebensbedarf wird dann noch weniger übrig bleiben. An der Höhe der Fixkosten wird sich aber nichts ändern.“

Renate Pacher: „Gegen BezieherInnen von Sozialleistungen und einen gut funktionierenden Sozialstaat wird Stimmung gemacht. Vorsichtige Schätzungen gehen davon aus, dass dem Staat durch Schattenwirtschaft, Korruption, Steuer- und Förderungsbetrug und anderen Arten von Wirtschaftskriminalität 15 Prozent des Bruttoinlandsprodukts verloren gehen. Das sind rund 55(!) Milliarden Euro. Darüber wird der Mantel des Schweigens gelegt. Es ist genug Geld vorhanden, es ist nur in den falschen Händen.“

Was hat die KPÖ zum Thema Gesundheit zu sagen?



Die KPÖ-Steiermark hat die Gesundheitsversorgung genau unter die Lupe genommen. Wir zeigen auf was gut läuft, aber auch wo die Probleme liegen. Und wir machen auch konkrete Lösungsvorschläge.

Nebenstehende Broschüre enthält eine Kurzfassung unserer Vorstellungen. Wir schicken sie gerne zu. Bestellungen an: **KPÖ-Knittelfeld-Spielberg, Friedensstraße 10, 8720 Knittelfeld, Tel.: 03512/82240**

Sprechstunde mit Sozialberatung

KPÖ-STR. Renate Pacher und DSA Karin Gruber

Dienstag, 28. Mai

KPÖ-Parteiheim in Knittelfeld
Friedensstraße 10, 9.00 bis 11.30 Uhr
Vor Anmeldung: 03512/ 82240



Anmeldungen und Information:
KPÖ-Knittelfeld-Spielberg,
Friedensstraße 10, 8720 Knittelfeld,
Tel.: 03512/82240

Mit uns kandidieren!

Anfang 2020 wählen wir in der Steiermark wieder neue Gemeinderäte. Das ist eine wichtige Wahl, denn die Gemeindepolitik betrifft uns unmittelbar. Leider erleben wir aber oft Freunderlwirtschaft und machtpolitische Spielchen auf den Rücken der Menschen. Die KPÖ spielt da nicht mit. Wir haben ein offenes Ohr für die wirklich wichtigen Anliegen der Menschen.

Wir ergreifen mit den Menschen vor Ort Initiativen für konkreten Anliegen. Wir schauen hin, wo andere wegschauen. **Und wir tragen Informationen nach außen, die sonst hinter verschlossenen Türen verborgen blieben.**

Damit wir noch mehr frischen Wind in die Gemeinderäte bringen können, brauchen wir viele mutige MitstreiterInnen.

Sie möchten in unserer Gemeinde eine starke Stimme für die Menschen sein? **Dann kandidieren Sie bei den nächsten Gemeinderatswahlen mit der KPÖ!**

Kommen Sie vorbei oder melden Sie sich bei uns!

Friedensstraße 10, Knittelfeld, Telefon: 03512/82240, Mail: kpoe.knittelfeld@aon.at oder bei unseren GemeinderätInnen in Knittelfeld, Spielberg und Zeltweg.



